

Toni Dettling

alt National- und Ständerat
des Kantons Schwyz
www.toni-dettling.ch

Kolumne / «Bote»-Forum 11. Januar 2018

Direkte Demokratie will gelebt sein

Bundespräsident Alain Berset hat in seiner Neujahrsansprache das hohe Lied der direkten Demokratie angestimmt. Diese bildet zweifelsohne einen Eckpfeiler in der Erfolgsgeschichte unseres Landes: Sie verschafft Selbstbestimmung, stiftet Identität und trägt wesentlich zu Wohlbefinden und Wohlstand bei. Es gilt daher, zur direkten Demokratie Sorge zu tragen, diese im Alltag zu leben und zu fördern und sie gegen alle Unterminierungen und Anfeindungen zu verteidigen.

Zwei massgebliche Gefahrenherde sind aktuell auszumachen: Zum einen ist die direkte Demokratie für die Regierenden nicht immer pflegeleicht. Sie droht daher nicht selten von den Behörden selber unterwandert oder doch infrage gestellt zu werden. Zum andern nehmen immer weniger Bürger und Bürgerinnen aktiv an der demokratischen Willensbildung teil. Viele halten wenig von der Politik: Sie gilt häufig als Machtkartell der Regierenden. Bestenfalls noch als notwendiges Übel, von dem man sich fernhält, um sich nicht die Finger zu verbrennen.

Dabei lebt gerade die direkte Demokratie von der politischen Auseinandersetzung. Doch wer in unserem kleinen, nach wie vor ländlich geprägten Kanton die Verhältnisse hinterfragt, stellt eine wenig erfreuliche Entwicklung fest: Das Machtkartell von SVP/FDP in der Regierung verhindert nicht selten die notwendige Auseinandersetzung. Die Weichen werden häufig unter Ausschluss der öffentlichen Diskussion im kleinen Kreis gestellt. Wer nicht spürt, bekommt es zu spüren. Hinzu kommt eine in den letzten Jahren stark gewachsene Verwaltung, die mit ihrem technokratischen Sach-

Verstand und Wissensvorsprung die Entwicklung immer mehr dominiert und selbst der Regierung zuweilen zeigt, wo Bartli den Most holt.

Gerade in solchen Situationen ist der Kantonsrat als gesetzgebende Gewalt gefragt. Doch wer die Verhandlungen verfolgt und die Protokolle studiert, stellt fest, dass im Schwyzer Parlament eher selten um wichtige politische Weichenstellungen gerungen wird. Meistens segnen die vorberatenden Kommissionen den regierungsrätlichen Vorschlag ab. Häufig schlagen sie nur unbedeutende Korrekturen vor, wie etwa jüngst bei der Behandlung der Totalrevision des wichtigen Gemeindeorganisations-Gesetzes. Bei diesem Rollenverständnis kann es nicht wundern, dass der Kantonsrat bis auf wenige Ausnahmen die Vorlagen am Schluss mit satter Dreiviertelmehrheit durchwinkt, um so eine Volksbefragung zu vermeiden und der Diskussion mit dem Stimmvolk auszuweichen. Ebenso wenig erstaunt es, dass unter diesen Vorzeichen immer wieder Kantonsratssessionen mangels Geschäften abgesagt werden.

Dabei wäre es doch gerade das Parlament als die Volksvertretung, welches sich in der Rolle des Gesetzgebers nicht einfach durch die Exekutive und die Partei-Raison treiben lassen sollte. Vielmehr gehört es zu den Kernaufgaben der Volksvertreter, die regierungsrätlichen Vorlagen gründlich zu hinterfragen und vor allem auch verwaltungsexterne Ansätze und Strategien einzubringen. Ja, in zentralen Streitfragen wäre ein obligatorisches Referendum durchaus in Kauf zu nehmen. Schliesslich könnten auch Medien, welche den Ball nicht einfach flach halten oder gar kritische Stimmen in die Schranken weisen, zweifelsohne den Mut der Volksvertreter stärken und damit viel zur Belebung der direkten Demokratie beitragen.

Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass solch kritische Überlegungen hierzulande Widerspruch auslösen werden. Exakt dies war denn auch meine Absicht. Denn die direkte Demokratie lebt von Widerspruch und nicht von Langeweile und Mutlosigkeit.